

Failing State Ukraine? – It's the enemy, stupid!

Die Inszenierung des Ukraine-Konflikts als Kalter Krieg.

August Pradetto

Die Ukraine hat unter ihren postkommunistischen Präsidenten und Ministerpräsidenten bis in die Jetztzeit dort weitergemacht, wo in Russland Ende der 1990er Jahre Schluss war. In der Ukraine ging der wilde Privatisierungskapitalismus, der Oligarchen wie Rinat Achmetov, Leonid Chernovetskyi, Ihor Kolomoyskyi, Yulia Tymoschenko, Petro Poroschenko (im Mai 2014 zum Präsidenten gewählt) u.a. reich gemacht hatte, fast unvermindert weiter. Die politische Auseinandersetzung drehte sich im Wesentlichen um die Frage, welche Oligarchengruppen den dominierenden Einfluss nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in Staat und Politik ausüben.

So lebte die Ukraine nach ihrer Unabhängigkeit Ende 1991 ein Vierteljahrhundert lang vor allem von der Substanz. Anstatt nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems einen Umbau der staatlichen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen vorzunehmen, wurde eine Politik der Entstaatlichung, der Plünderung vorhandener Ressourcen und der politischen Prostitution betrieben.

Von der Unabhängigkeit zum failing state

Aufgebraucht war diese Substanz eigentlich schon 2009. Nicht für die milliardenschweren Oligarchen, die gute Geschäfte mit Russland wie mit dem Westen machten. Aber für die Masse der Bevölkerung. 2009 befand sich die Landeswährung im freien Fall, die Inflation stieg monatlich um zweistellige Raten und die Ukraine konnte ihre Schulden bei Gazprom für bezogenes Gas und Öl nicht mehr bezahlen. Die Konsequenz war, dass bei den Präsidentschaftswahlen 2010 diejenigen, die sich seit der Orangen Revolution 2004 als demokratische Freiheitshelden inszeniert, aber in der Praxis das Chaos nur vergrößert hatten – Yulia Tymoschenko, Wiktor Juschtschenko, Arseni Jazenjuk – abgewählt wurden. Wiktor Janukowitsch, dessen *Partei der Regionen* ihre Basis eher in der Ostukraine hat, gewann die Mehrheit.

Darüber war man auch im Westen froh. Das Handelsblatt (26.2.2010) freute sich über den „harten Reformkurs“, den der neue Präsident ankündigte, der Internationale Währungsfond (IWF) schickte zwei Wochen nach der Wahl eine Delegation nach Kiew, um über die Auszahlung vereinbarter Hilfsmilliarden zu verhandeln, die unter der alten Regierung zurückgehalten worden waren, der neue Präsident fuhr zuerst nach Brüssel und erst danach nach Moskau, und er begann Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der EU.

Die Freude war verfrüht. Auch Janukowitsch und sein zeitweiliger Wirtschaftsminister Petro Poroschenko erwiesen sich nicht als Politiker, die den mittlerweile übermächtigen und über Privatarmeen und Fußballklubs verfügenden Oligarchen etwas entgegensetzen und den weiteren Verfall des Landes aufhalten konnten oder wollten. Der *Human Development Index* (HDI) der Vereinten Nationen, der die Lebensqualität der Länder auf der Welt anhand einer Kombination aus Gesundheitsdaten, Ausbildungsniveau und Lebensstandard misst, platzierte die Ukraine 2013 auf Platz 78, hinter Länder wie Mexiko, Venezuela und dem Libanon. Gleichzeitig listete das Wirtschaftsmagazin *Forbes* Poroschenko, der von 2009 bis 2010 Außenminister und von 2007 bis 2012 Direktor der Nationalbank gewesen war, mit geschätzten 1,6 Mrd. Dollar auf Platz 7 der ukrainischen Oligarchen.

Im November 2013, nach der Nichtunterzeichnung des geplanten EU-Abkommens durch Janukowitsch, begann der Aufstand, jener „Maidan“, der dann drei Monate später zur Absetzung des Präsidenten und zur Einsetzung des insbesondere von Washington unterstützten Arseni Jazenjuk als Ministerpräsident führte. Jazenjuk war zwar bei den Präsidentenwahlen 2010 mit 6 Prozent der Stimmen durchgefallen – er galt bei der ukrainischen Bevölkerung als US-höriger Wichtigtuer. Washington hielt ihn wegen seiner proamerikanischen Haltung, seiner anti-russischen Rhetorik und seines strammen NATO-Beitrittskurses für den geeigneten Kandidaten.

Im Zuge des Maidan wurde aus der Ukraine ein *failing state*: Nicht mehr nur die Ökonomie, das Gesundheits- und Ausbildungswesen, die Struktur der öffentlichen Dienstleistungen und insgesamt die Lebensverhältnisse waren zerrüttet. Nun lösten sich auch die administrativen und Ordnungsstrukturen im Land auf. Die Staatsgewalt wurde privatisiert, es bildeten sich Milizen, die die Polizei herausforderten und öffentliche Gebäude besetzten. Die Armee begann sich aufzulösen.

Die am 22. Februar 2014 in Kiew eingesetzte neue Führung tat viel, um diesen Prozess zu beschleunigen. Die nationalistische und anti-russische Rhetorik des neuen Regierungschefs Jazenjuk, rechtsextremistischer Milizenführer wie Dmytro Jarosch, der Chef des *Prawij Sektor*, oder Rechtsradikaler wie Oleh Tjahnybok, der Vorsitzende von *Swoboda*, spalteten das Land und die Bevölkerung und paralyisierten die Armeeführung, deren ethnisch und sprachlich übergreifende Identität plötzlich von der polarisierenden Frage pro-nationalukrainisch oder pro-russisch überlagert wurde.

Vor diesem Hintergrund kam es nur wenige Wochen nach dem Machtwechsel in Kiew zur Sezession der Krim. Auf der Krim waren 18.000 ukrainische Streitkräfte stationiert, aber nur wenige wollten sich unter dem Druck der neuen Kiewer Führung für „pro-westlich“ erklären oder gar gegen die Russen kämpfen. Der größte Teil der Krimbevölkerung versteht sich ja ethnisch und sprachlich ohnehin als russisch. Nach dem – eindeutig völkerrechtswidrigen – Beschluss der Moskauer Duma auf „Eingliederung“ der Krim in die Russländische Föderation quittierte ein Drittel der dort stationierten Streitkräfte den Dienst, ein Drittel wechselte in die Russische Armee und der Rest ging zurück auf das Festland.

Die Auflösung der ukrainischen Armee war auch der Grund, warum den Abspaltungen im Luhansker und Donezker Gebiet, die ab Anfang April 2014 folgten, wenig entgegen gesetzt werden konnte. Nominell bestand die ukrainische Armee aus etwa 130.000 Land-, See- und Luftstreitkräften, etwa 2.000 Kampfpanzern, etwa 200 schwerer Artillerie und etwa 200 Kampfflugzeugen. Dazu kamen 40.000 Spezialkräfte des Innenministeriums und noch einmal etwa 30.000 Grenzschutz. Das qualitative Niveau der ukrainischen Armee und Sicherheitskräfte war schon seit den 1990er Jahren immer weiter gesunken. Aber nach der Abspaltung im Südosten konnte die Kiewer Führung nicht einmal 4.000 Mann in Bewegung setzen, um nach der Auflösung der staatlichen Ordnungsstrukturen der folgenden territorialen Auflösung die Stirn zu bieten.

Und diese 4.000 rekrutierten sich auch noch zum größeren Teil aus jenen rechtsextrem-nationalistischen Milizen wie dem *Prawij Sektor*. Die Separatisten im Osten bestanden ebenfalls vor allem aus Milizen, die sich im Zuge der Auflösung des Gewaltmonopols des Staates gebildet hatten, teils auch aus ukrainischen Militärs, die sich aus den Kasernen im Osten des Landes nur zu bedienen brauchten.

Die „grünen Männchen“ aus Russland kamen erst später, als russische Nationalisten wie auch die Staatsführung die Chance witterten, wenigstens teilweise den Zusammenbruch der

Sowjetunion und den Verlust des strategischen Vorfelds korrigieren zu können. Dass die ukrainische Armee im Frühjahr und Frühsommer 2014 nicht mit den Separatisten im Südosten, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht einmal 2 (in Worten: zwei) Prozent des ukrainischen Territoriums unter ihre Kontrolle gebracht hatten, fertig wurde, lag nicht vorrangig an Moskau, sondern daran, dass die Ukraine zu diesem Zeitpunkt längst ein *failing state* war, der sein Gewaltmonopol nicht mehr durchzusetzen vermochte. Tausende russischer Soldaten hatten die „Übernahme“ der Krim abgesichert. Aber die massive Unterstützung der Separatisten im Osten und Südosten des Festlandes durch russische Kräfte setzte erst im August ein.

Ost-West-übergreifende Inszenierung des ukrainischen Desasters als Kalter Krieg

Die Darstellung dieser Lage als Wiederkehr des Kalten Kriegs wurde von Beginn der Krise im November 2013 von allen beteiligten Seiten betrieben. Die auf dem Maidan versammelten Oppositionsparteien von Tymoschenko (die bis zum Umsturz am 22.2.2014 in Haft war) und Jazenjuk inszenierten sich als pro-europäische und pro-westliche Kräfte, die gegen den als russland-hörig denunzierten Janukowitsch und seine Hintermänner in Moskau die Freiheit der Ukraine und Europas verteidigten. Diese abgewirtschafteten Politiker sahen die Chance, mit der Unterstützung des Westens möglicherweise schnell wieder an die Macht zu gelangen. Zwar waren für 2015 sowieso reguläre Präsidentenwahlen vorgesehen, aber nach ihrem politischen Desaster in den Jahren nach 2004 und ihrem Scheitern gegen Janukowitsch 2010 war es eher unsicher, dass die Bevölkerung sie noch einmal in einer regulären Abstimmung an die Macht bringen würde.

Die westlichen Politiker, die nach dem gescheiterten Gipfel in Vilnius aus Brüssel und vor allem aus Polen auf den Maidan zu den Demonstranten strömten, stellten diese ihre Aktivitäten dar als Unterstützung für eine „pro-westliche Demokratiebewegung“ der Ukraine gegen eine „russische Hegemoniepolitik“, welche die Annäherung des Landes an die EU verhindern wollte.

Die Brüsseler Bürokratie, die das Assoziationsabkommen ausgearbeitet und Janukowitsch vergeblich zur Unterschrift vorgelegt hatte, sah den Grund nicht darin, dass Brüssel nur 1 Mrd. Euro, Moskau dagegen für die ukrainische Beteiligung am Eurasischen Wirtschaftsprojekt mit Kasachstan und Belarus 15 Mrd. Dollar und eine Reduktion des Gaspreises geboten hatten, was angesichts der katastrophalen finanziellen Lage der Ukraine eigentlich nur die Ablehnung des EU-Abkommens zuließ. Vielmehr wurde von Brüssel die Kiewer Entscheidung ebenfalls zu einem geopolitischen Entscheidungskampf zwischen den Kräften der Freiheit und jenen der Finsternis russisch-hegemonialer Bestrebungen verklärt. Damit konnte man vom Dilettantismus und auch von der Blamage ablenken, die auf Seiten Brüssels dem gesamten Assoziationsprojekt anhaftete.

Von Washington war sowieso keine adäquate Analyse der Situation zu erwarten. Die Stellvertretende Außenministerin und Verantwortliche für Europa und Eurasien im State Department, Victoria Nuland („Fuck the European Union“), tat im Verein mit dem Oberkommandierenden der US- und der NATO-Streitkräfte in Europa, General Philip Breedlove, und ihrem ukrainischen Schützling Jazenjuk alles, um der *blaming&bashing*-Strategie gegen Russland und Putin die nötige Schärfe zu verleihen.

Nach der NSA-Affäre, die viele politische Eliten in Europa zu einer bislang beispiellosen Ablehnung der Spionage-Methoden Washingtons animiert hatte, und nach der Aufnahme Edward Snowdens in Moskau im Sommer 2013 bot die Ukraine-Krise die Gelegenheit, Moskau zu isolieren, die Europäische Union wieder pro-amerikanischer zu machen, den Westen

in Sanktionen gegen Russland zusammenzuschließen, dem lange beklagten Verfall der militärischen Moral europäischer NATO-Verbündeter ein Ende zu setzen, ihre Ausgaben für militärische Belange wieder steigen und all die unappetitlichen Affären vom Abhören „befreundeter“ Staatschefs bis Guantanamo in den Hintergrund treten zu lassen.

Und schließlich Moskau. Die Inszenierung des Ukraine-Konflikts als Neuauflage des heroischen Kampfes der Sowjetunion gegen die ukrainischen Faschisten und ihre westlichen Hintermänner, die die russische Identität und den russischen Staat endgültig zerstören wollten, als glorreichen Kampf der „russischen Welt“ gegen einen gierigen, zerstörerischen, dekadenten Westen beinhaltete alles, was den für Viele tristen russischen Alltag zumindest einen Augenblick lang vergessen machen konnte. Die Krim wurde „heim ins Reich“ geholt, Geheimdienste und Militärs konnten sich bei der „Wiedervereinigung“ mit der Insel beweisen, der Kremlchef wurde zum gefeierten Retter der Nation, dem Westen wurde seine Ohnmacht und der ukrainischen Führung ihre Unfähigkeit vor Augen geführt.

Am meisten profitiert von der Inszenierung der Krise als neuer Kalter Krieg die neue ukrainische Führung. Sie erhält jetzt die Milliarden aus dem Westen, die Janukowitsch verlangt, aber nicht bekommen hatte. Kaum jemand im Westen stellt noch die Frage, warum die immer gleichen Politiker, die das Land 25 Jahre lang ausgeplündert und zugrunde gerichtet hatten, jetzt aber wieder an der Regierung sind. Und kein Mensch im Westen fragt, warum die Armee und die Sicherheitskräfte nicht oder nur zu einem geringen Teil für die neue Führung kämpfen wollten.

Am meisten Schaden durch diese Inszenierung hat die Ukraine. Statt Reformen und Erneuerung: Krieg und weitere Zerrüttung des Landes. Der *failing state* Ukraine sank 2014 auf HDI-Platz 83, zwischen Peru (82) und Belize (84). Daran lässt sich übrigens auch die Ahnungslosigkeit vieler europäischer Politiker erkennen, wenn sie von der von Moskau verhinderten „Europäisierung“ der Ukraine schwadronieren. Russland steht im HDI auf Platz 57, noch vor dem EU-Mitglied Bulgarien. Russland ist ungleich EU-kompatibler als die Ukraine. Das spiegeln auch die deutschen Direktinvestitionen in den beiden Ländern: Sie beliefen sich im Fall der Ukraine bis 2012 auf 4,5 Mrd., im Falle Russlands auf 23 Mrd. Euro. Aber Zahlen und Fakten spielen in der sehr praktischen „Großen Erzählung“ vom Kalten Krieg zwischen einem freiheitsliebenden Westen inklusive einer „europäischen“ Ukraine und einem zurückgebliebenen Russland, das die Sowjetunion wieder errichten will, keine Rolle.

Ideologie statt Analyse

Mit der Verinnerlichung der „Großen Erzählung“ vom Neuen Kalten Krieg durch westliche Politiker und Medien ersparen sich diese nicht nur das Nachdenken über die Niederungen der realen Probleme der Ukraine. Die respektiven Politiker und Journalisten merken nicht einmal, wie sehr sie Putin ähneln. Der Pathos der Verteidigung höherer Werte, die Gefühls-erregung bei der wechselseitigen Beschuldigung, das Böse zu repräsentieren, die Ergriffenheit über das Gute, das man selbst darstelle, und die Emphase bei der Beschreibung des Leidens, das durch den Gegner verursacht wird: Brüssel und Moskau sind gewissermaßen kongeniale Partner bei der Inszenierung ihrer selbst als Helden der Freiheit, des Lichts und der Würde des Menschen.

Die Erregung ist so groß, dass logisches Denken oder auch nur Nachfragen sich längst verabschiedet haben. Kein Mensch fragt, warum einige ukrainische Oligarchen fantastische Rüstungsgeschäfte machen, aber nicht bereit sind, ihrer eigenen Armee die Waffen zur Verfügung zu stellen, die sie bräuchte, um das Land zu verteidigen. Die Waffenindustrie ist über-

haupt der einzige Wirtschaftszweig, der in der Ukraine funktioniert. Die Ukraine ist nach den USA, Russland und den notorischen westeuropäischen Lieferanten einer der weltgrößten Rüstungsexporteure. 2013 war die Ukraine der externe Hauptlieferant von Waffen für die chinesische Armee. Die Ukraine stellt einen der modernsten Kampfpanzer der Welt her, den T-84.

90 Prozent der ukrainischen Rüstungsindustrie sind staatlich. Das Denken der meisten westlichen Politiker und Journalisten ist ideologisch nicht weniger verkleistert als das ihrer russischen Counterparts. Sonst kämen sie zumindest auf die Idee, nach der Verantwortung der ukrainischen Oligarchen und Politiker für das Desaster in ihrem Land zu fragen. Stattdessen wird eine lächerliche Debatte darüber geführt, ob man der Ukraine Waffen liefern soll.

Der offizielle Ukraine-Diskurs zeigt die Ignoranz, von der die westliche Außenpolitik in zunehmendem Maße geprägt ist. Die um Deeskalation bemühte deutsche Politik ist eher die Ausnahme. Die Debatte zeigt aber auch die Plattheit und die zunehmende Konvergenz des journalistischen *Mainstream* in Moskau und in den westlichen Hauptstädten. Was dem Einen sein westlicher Agent, ist dem Anderen sein Putin-Versteher. Die Welt wird so schön einfach, wenn man ein profundes Feindbild hat.

Vorbei ist die Krise noch lange nicht. An dem ökonomischen, administrativen und politischen Desaster hat sich auch ein Jahr nach der Inthronisierung der neuen politischen Führung nichts geändert. Wie gescheitert der ukrainische Staat ist, zeigt die Personalie Dmytro Jarosch. Um seine Milizverbände *Prawij Sektor* zum Bestandteil einer neu aufzubauenden ukrainischen Armee zu machen – bislang hatte er sich geweigert, sie unter ein staatliches Kommando zu stellen –, ernannte Präsident Poroschenko im April 2015 Jarosch zum Berater des Ukrainischen Generalstabs.

Das ist ungefähr so, wie wenn Angela Merkel den Vorsitzenden der NPD und ihrer Wehrsportgruppen zum Chef der Führungsakademie der Bundeswehr machen würde. Auch ein Jahr nach ihrer Einsetzung weiß sich die neue Führung gegen Oligarchen wie gegen Warlords nur so zu helfen, dass sie sich mit denen, die gewissermaßen den *failing state* Ukraine repräsentieren, die verbliebene Macht im Land teilt. Der Fall spiegelt auch den Stellenwert demokratischer Prozeduren im gescheiterten staatlichen und politischen System der Ukraine: Jarosch hatte bei den Präsidentenwahlen im Mai 2014 nicht einmal 1 Prozent der Stimmen bekommen.

Momentan werden Hunger- und Wutaufrstände der Bevölkerung nur durch Kriegsmüdigkeit, Resignation und mit Hilfe von Milliarden Euro aus dem Westen und der Lieferung von Energieträgern durch die Europäische Union verhindert. Wenn in ein oder zwei Jahren auch dieser Bonus verbraucht ist, in der Hauptstadt, in Charkiw, in Dnepropetrowsk und in Odessa wieder gewaltsame Protestaktionen stattfinden und ein weiterer Zerfall des Landes droht, ist jedenfalls jetzt schon abzusehen, wer dafür von der Kiewer Führung verantwortlich gemacht wird: der übliche Verdächtige im Kreml.

Gibt es einen Ausweg?

Ja: Die Oligarchen in der Ukraine werden Patrioten und transformieren das Land in einen funktionierenden Staat, mit dem sich die Ukrainer identifizieren. Moskau gibt die Krim an die Ukraine zurück. Und Washington verzichtet auf eine Politik, die die russische Angst evoziert, das Land werde in Europa vollständig von der NATO eingeschlossen und das nächste Objekt westlicher Regimewechselpolitik sein.

Wäre Politik in diesem Sinne rational, gäbe es die gegenwärtige Krise nicht. Heute wäre es schon ein riesiger Fortschritt, wenn die Ukraine mit vielen Mrd. Dollar aus dem Westen und einigen elementaren Reformen konsolidiert werden könnte. Wenn sich Moskau an der Konsolidierung statt an der weiteren Destabilisierung beteiligte. Wenn Washington akzeptierte, dass auf absehbare Zeit multilaterale Sicherheitskooperation der Vorrang gegenüber einer NATO-Erweiterung zu geben ist. Und wenn Brüssel (mit Hilfe der OSZE) in der Lage wäre, einen solchen Prozess zu moderieren.

Erscheint etwas gekürzt in Welt Trends, Juli 2015.